

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Parlamentarismus - Sozialisierung (Vorschlag und Erwiderung) - Grenzen politischer Kriminalität
Ein Sacco-Vanzetti-Archiv - Bauern-Rebellion
Die Genfer Linke - Zum Gedenken
Rechtfertigung

NR. 7

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

APRIL 1928

ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk
Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

Erscheint in diesen Tagen

Preis: kartoniert M 5.50, in Ganzleinen gebd. M 8,—
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und
die Geschäftsstelle des **FANAL** entgegen.

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Lest und propagiert

„Die Freiheit“

**Einzig revolutionäre Wochenschrift
im deutschen Osten**

Chefredakteur: ALFONS PILARSKY.

Geschäftsstelle Breslau, Bänderplatz 28, Postscheck Breslau Nr. 10223

Vierteljahrsabonnement 2,60 Mk. Erscheint jeden Mittwoch

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 7

April 1928

Ercheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtingstr. 48. Fernsprecher: P 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Parlamentarismus

Es ist bedauerlich, daß das deutsche Volk in den langen Jahrzehnten, seit es die Wege zur Kraft und Schönheit kennt und benutzt, auf diesen Wegen immer noch nicht zum vorgesezten Ziele hat gelangen können. Nicht einmal die Neupflasterung mit Frauen- und Verhältnis-Wahlrecht und selbst nicht die Verbreiterung und Ausschmückung der verfassungsmäßigen Wege zum Glück durch die Verleihung höchster Souveränitätsrechte an das Parlament hat bis jetzt das wahlmündige deutsche Volk bewegen können, dem Tore der Gerechtigkeit und der Freiheit, des Wohlstandes und der Freude zuzustreben, das am Ende der parlamentarischen Heilsbahn winkt. Im Besitze des höchsten Wissens, wie es zählend und wählend die Gipfel staatlicher Seligkeit erklimmen könnte, hat es sich leider niemals davon überzeugen lassen, daß man die selbstgeschaukelten parlamentarischen Wege nicht in verkehrter Richtung entlanglaufen dürfe, sofern man sich nicht in Saokgassen verirren will. Mit andern Worten: das deutsche Volk hat seinen Parlamentarismus immer noch nicht richtig verstanden. Es hat regelmäßig, wenn es sein Schicksal selber mit dem Stimmzettel formen durfte, in seiner Mehrheit den falschen Stimmzettel abgegeben und dadurch sanktioniert, was es hätte verdammen sollen, verhindert, was eine dem Volkswohl ergebene Majorität hätte durchsetzen mögen. So erklärt jede Partei die Verzögerung des Aufstiegs Deutschlands zu Glanz und Pracht.

Aber noch ist nichts verloren. Wieder ertönt der Ruf über Stadt und Land: Deutsche Männer und Frauen, wählt! wählt! Macht von euerm einzigen Recht Gebrauch, dem Recht, selber die Gesetzgeber

zu bestimmen, die euch sagen sollen, was ihr müßt und was ihr nicht dürft, wie ihr euch zu verhalten und wem ihr zu gehorchen habt, wie lange und wieviel ihr arbeiten sollt und wie teuer ihr eure Arbeitskraft verkaufen dürft, ob, wann und unter welchen Bedingungen ihr um höhern Lohn bitten könnt und welchen Prozentsatz eures Lohns der Unternehmer euch vorzuenthalten hat, um ihn dem Staat als Steuer zuzuführen. Wählt! Wählt! Der neue Reichstag wird euch erlösen von dem Uebel des Hungers und der Teuerung, der Wohnungsnot und der Kindersterblichkeit, der Ausbeutung und der Seuchen, und wenn ihr richtig wählt und euch nicht beirren laßt von den leeren Versprechungen der Konkurrenz, dann werden auch parlamentarische Maßnahmen ergriffen werden, um gegen das schlechte Wetter Stellung zu nehmen.

Soweit sind wir glücklich 9 Jahre nach der sogenannten Revolution wieder, daß dem deutschen Proletariat, dezimiert und verkrüppelt durch den Krieg, ausgeplündert bis auf die Knochen durch die Inflation, versklavt und verelendet wie noch nie ein europäisches Volk durch die Abwälzung aller Reparationslasten auf seine Schultern und durch die massenmörderische Rationalisierung der Industrie, — daß diesem Proletariat, sogar in der Mehrzahl seines revolutionär gestimmten Teiles, die Illusion aufsuggestiert werden kann, es habe von Parlamentswahlen den allermindesten Vorteil zu erwarten. Der einzige wirkliche Erfolg der Erhebung vom November 1918 für die den Klassenkampf behandelnden vorgeschrittenen sozialistischen Arbeiter Deutschlands war die Erkenntnis, daß sie durch die Anwendung falscher Mittel, nämlich durch die Beteiligung an der Staatslegislative, ihre Energie verzettelt, verstimmzettelt, hatten und daß jede Beteiligung an der Staatsverwaltung die Kräfte lähmt, die das Proletariat für die Staatsbekämpfung nötig hat. Die Revolutionäre von 1918-19 hatten begriffen, daß das Verhalten der Sozialdemokratie im Kriege die natürliche und unvermeidliche Konsequenz ihrer Wahltaktik war, und daß die wenigen rühmlichen Ausnahmen unter den Parlamentariern, die diese Konsequenz nicht ziehen wollten, hoffnungslos isoliert und daher ohne allen Einfluß auf den Gang der Geschehnisse bleiben mußten. Die revolutionären Proletarier sahen vor allem ein, daß alle Reformen und Gesetzesbestimmungen, die möglicherweise zugunsten der Arbeiterschaft auf parlamentarischem Wege zutagegebracht werden, entweder die Wirkung außerparlamentarischen Druckes revolutionärer Massenaktionen sind oder von der Bourgeoisie selbst ausgehen, um allzu peinvollen Härten des kapitalistischen Systems die Kanten abzuschleifen und der angesammelten Wut der Opfer der staatlichen Zumutungen ein Aus-

puffrohr zu schaffen. In beiden Fällen ist die eigene Vertretung des Proletariats im Parlament nur schädlich. Denn die direkte Aktion der Massen verliert selbstverständlich viel von ihrem Eindruck, wenn ihr Erfolg von Regierung und Parlament zur Bewilligung von Anträgen der Vertreter der Demonstranten umgebogen werden kann, wobei den Arbeitern das Vertrauen auf ihre vereinte Kraft verloren geht und der Dankbarkeit für ihre Parlamentsvertretung Platz macht; und die gelegentliche Annahme sozialdemokratischer oder kommunistischer Anträge auf Bewilligung gewisser Erleichterungen für die arbeitende Klasse innerhalb der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft, zu der sich die privilegierte Schicht ihrer eigenen Sicherheit wegen veranlaßt sieht, stärkt beim Proletariat die verhängnisvolle Einbildung, der reformistische Weg der Parlamentsbeteiligung bringe eben doch genügend Vorteile, um der Einsetzung der eigenen Person im direkten Kampf entraten zu können.

Die Einsicht, daß der Parlamentarismus ein Bestandteil des kapitalistischen Staates ist und daß es nur die klare und eindeutige Entscheidung für den Arbeiter geben kann: Kapitalismus und Stimmzettel-Demokratie oder Sozialismus und freie Räte — diese Einsicht war in der Revolutionszeit bei allen aktiven Proletariern vorhanden; sie war es in dem Maße, daß bei der Begründung der Kommunistischen Partei der Verzicht auf die Beteiligung des Spartakusbundes an den Wahlen zur Nationalversammlung beschlossen wurde. Erst der Heidelberger Parteitag im Oktober 1919, der zum Sündenfall des deutschen Bolschewismus noch in mehrfacher Hinsicht wurde, erklärte die Beteiligung an den Wahlen für notwendig. In den berichtigten „Leitsätzen“ Paul Levis hieß es darüber: „Die KPD. ist sich bewußt, daß dieser Kampf (um den Sieg der Arbeiterklasse) nur mit den größten politischen Mitteln — Massenstreik, Massendemonstration, Aufstand — zum siegreichen Ende gebracht werden kann. Dabei kann aber die KPD. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches kommt auch die Beteiligung an den Wahlen in Betracht...“ Es kam nicht nur in Betracht, sondern es ist seit dem Erlaß der Heidelberger Bannbulle, die alle grundsätzlichen Antiparlamentarier gleichzeitig ausschloß, das politische Mittel der KPD. geworden, dem alle andern Mittel untergeordnet wurden. Wer das bezweifelt, findet wahrhaft erschütternde Beweise in der von der Kommunistischen Arbeiter-Partei herausgegebenen Schrift „Die KPD. im eigenen Spiegel“ (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin 1926). Ich beurteile diese Beweise freilich nicht unter dem Gesichtspunkt der Entrüstung und sehe in ihnen keine Beispiele moralischer Entartung

von Verrätern am Proletariat, sondern die logische Auswirkung des Verfahrens, die grundsätzlichen Angelegenheiten des revolutionären Klassenkampfes als Fragen der Taktik zu behandeln. Im März 1920 schrieb ich im Ansbacher Gefängnis eine Broschüre über die Möglichkeit, das gesamte revolutionäre Proletariat in einer internationalen Föderation zu einigen (ihre Herausgabe war leider nicht möglich; sie wird vielleicht nach gründlicher Neubearbeitung noch erfolgen). In dieser Schrift habe ich mich mit den Heidelberger Reden und Beschlüssen sehr ausführlich auseinandergesetzt und besonders auch auf die Gründe verwiesen, die davor warnen mußten, „gerade dem deutschen revolutionären Proletariat, dessen Gehirn jahrzehntelang von der parlamentarischen Manie verklebt war, niemals wieder das Wählen in bürgerliche Parlamente zuzumuten. Die Erziehung des deutschen Arbeiters kann nur so richtig geleitet werden, daß man ihn das Mittel, mit dem er früher zur Konterrevolution erzogen wurde, gründlich verachten lehrt. Der Versuch aber, es ihn gleichzeitig verachten und anwenden zu lehren, wird an seinem graden Sinn scheitern, der Klarheit der Begriffe und Einheit von Verstehen und Handeln verlangt. Damit wird die Gefahr deutlich, die die KPD. mit ihrem prinzipiellen Bekenntnis zur Teilnahme an städtischen Wahlen über die deutsche Revolution bringt: die Gefahr, durch die Wiederbelebung der alten Praktiken auch die alte Mentalität neu zu wecken“. An einer andern Stelle wird für den revolutionären Geist der Partei selbst die Befürchtung ausgesprochen, daß die KPD., habe „sie erst einen Fuß auf die schiefe Ebene gesetzt, in rapidem Tempo in die Methoden der vulgärsten Parteipolitik abrutschen, daß sie das Niveau verlieren werde ...“ Und endlich folgerte ich: „Aber man will ja ‚auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten‘ — was beileibe kein Opportunismus ist! Als ob nicht die Revisionisten genau dieselbe Weisheit auskramten, als sie zu Hofe gingen und Orden annahmen. Wo ist die Grenze? Wird man nicht nächstens auch Ministersessel anstreben (Sachsen, Thüringen 1923!) und auf den Reichspräsidentenstuhl Anspruch erheben? (Thälmann 1925!) Warum soll man diese Plätze nicht ebensogut für die Zwecke des Proletariats ‚ausnützen‘ können, wie das anerkannt konterrevolutionäre Bourgeoisieparlament? Die Herren um David, Heine und Genossen haben es immer behauptet. ... Und waren nicht die deutschen Sozialdemokraten zu Anfang ihrer Parlamentstätigkeit auch fest entschlossen, nichts andres unter den Bourgeois zu unternehmen, als ihnen im eigenen Hause ‚die Maske vom Gesicht zu reißen?‘“ Es ist in der Tat seltsam, daß man den Marxisten immer von neuem ihre eigene Weisheit, von der sie dauernd sprechen und um die sie sich

nie kümmern, vorhalten muß: daß die Realität der Umstände stärker ist als die Idealität der Personen und daß der Mensch, der des andern Maschine bedient, Knecht der Maschine wird, nicht umgekehrt.

Es bliebe zu fragen, ob das Delegieren eigener Vertreter ins Parlament denn überhaupt ein Mitbestimmen des Proletariats im Staate bedeute, selbst wenn trotz der Beherrschung des gesamten öffentlichen Beeinflussungsapparates durch die besitzende Klasse — Presse, Schule, Kasernenhof, Beichtstuhl, Kanzel, Universität, Macht durch Eigentum an Grund und Boden, Produktionsmitteln, Versammlungsräumen usw. — ein den sozialen Interessen entsprechendes Stimmenverhältnis angenommen werden soll. Darüber sagt Lenin: „Die Teilnahme am bürgerlichen Parlament — das nie über die wichtigsten Fragen in der bürgerlichen Demokratie zu entscheiden hat; sie werden an der Börse, den Banken entschieden — ist den wertägigen Massen durch tausend Hindernisse versperrt und die Arbeiter wissen, fühlen und sehen genau, daß das bürgerliche Parlament eine fremde Institution, eine Waffe zur Unterdrückung der Proletarier durch die Bourgeoisie, die Einrichtung einer feindlichen Klasse, der ausbeutenden Minderheit ist.“ (Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K. Kautsky.) Leider wissen die Arbeiter das nicht mehr so genau, weil ihnen zugleich mit dieser völlig zutreffenden Erklärung die Anweisung gegeben wird, durch ihre Stimmabgabe die fremde Institution als ihre eigene anzusehen, die Waffe zu ihrer Unterdrückung zu schärfen, die Einrichtung der feindlichen Klasse zu stärken und somit der ausbeutenden Minderheit die Sanktion der ausgebeuteten Mehrheit zu erteilen. So verlangt es ja wohl „die Dialektik“, und das Ganze nennt man Leninismus.

Aber, heißt es, es muß die Tribüne benutzt werden, die der revolutionären Idee des Proletariats weitschallende und gefahrlose Werbung ermögliche. Dieses Argument geht völlig fehl. Die revolutionäre Rede des parlamentarischen Agitators, gehalten vor der eigenen Fraktion und ein paar gelangweilten Horchposten anderer Parteien, versinkt im stenographischen Archiv. Die Parteizeitung des Redners zwar bringt sie im Wortlaut und da lesen sie dieselben Wähler, die den Inhalt der Rede schon aus zwanzig Leitartikeln kennen, denen also damit nichts Neues gesagt wird. Die feindlichen Blätter aber widmen dem zweistündigen Stimmaufwand des Tribünenbenutzers höchstens fünf Zeilen. Von wo dabei die unvergleichliche agitatorische Wirkung ausgehen soll, ist unerfindlich. Jede Volksversammlung, die direkt an die gerichtet wird, die sie angeht, hat propagandistisch einen tausendfach höheren Wert als alle proletarisch-revolutionären Aufrüttelungen, die eine ganze Legislaturperiode hin-

durch von Reichstags- und Landtagstribünen herunter von Dutzenden feuriger kommunistischer Rhetoriker in die Ohren der erwählten Vertreter der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes, des Finanzkapitals, der Mittelstandswirtschaft, der Kircheninteressen und der proletarischen Kleinkrämerei geschmettert werden. Dabei ist die Redefreiheit im Parlament nicht größer, sondern geringer als in der Versammlung, wo einem kein Löbe mit der Klingel und dem Ordnungsruf die gesittete Tonart beibringt und mit der Stoppuhr den Redefluß staut. Bleibt noch die Immunität und die Freikarte. Was es mit der Immunität auf sich hat, zeigt das Beispiel Karl Liebknechts, zeigt die regelmäßige Uebung des bayerischen Landtags, sie gegen Abgeordnete, die der bürgerlichen Mehrheit tatsächlich unbequem scheinen, einfach aufzuheben. Uebrigens ist es auch dann, wenn sie wirklich gewährleistet wird, keineswegs erfreulich, zu beobachten, wie ein paar bevorzugte Bonzen kraft ihrer Stellung im bürgerlichen Staatsapparat vor den Gefahren der Ratschläge geschützt sind, deren Befolgung die von ihnen beeinflussten revolutionären Arbeiter im Falle des Mißlingens unweigerlich ins Zuchthaus bringt. Die Freikarte aber, die es einmal einer revolutionären Organisation ermöglicht, einen Agitator auf Staatskosten auf Reisen zu schicken, soll es wert sein, das ganze Proletariat unter Aufwand maßloser Anstrengungen auf die Beine zu bringen und ihm vorzuschwindeln, es sei ein für die Entwicklung der Gesellschaft lebenswichtiger Unterschied, ob ein völkischer Trommler oder ein kommunistischer Pfeiffer Krach macht? Wo das Geld für die Wahlagitation hergebracht wird, ist hoffentlich auch noch ein Billett 3. Klasse für einen Aufklärungsreisenden zusammenzukriegen. Denn es ist ja vorstellbar, daß ein proletarischer Propagandist anders als immer nur im gepolsterten Luxusabteil fährt.

Freilich: ein Hund gewöhnt sich rasch ans Sofa und ein Abgeordneter der Arbeiterschaft nicht minder rasch an die bourgeoisen Annehmlichkeiten, die der staatliche Steuererheber ohne Ansehen der Klassenzugehörigkeit dem vergönnt, von dem er die Bewilligung der Steuern für Panzerschiffe, Parlamentsdiäten und Beamtengehälter erhofft. Ich sage keineswegs, daß jeder parlamentarische Diätenempfänger gekaufter Staatsknecht wäre. Es gibt subjektiv sehr ehrliche und der Sache des Proletariats ergebene Menschen auch unter den Vertretern der Arbeiterparteien in den Parlamenten. Aber daß die Gefahr für einen der gesellschaftlichen Berufsarbeit entzogenen Politiker, der sich nur noch zwischen geschäftigen Gesetzgebern bewegt, groß ist, die unmittelbare Föhlung mit denen zu verlieren, die ihn entsandt haben, weiß jeder, der Einblick hat. Es wäre

gut, wenn die Arbeiter — die vielen Erwerbslosen haben ja Zeit genug — sich mal entschlossen, ein paar Stunden von der Reichstagstribüne aus zuzusehen, was ihre Erwählten da unten treiben. Sie werden die Sozialdemokraten und Kommunisten von den Nationalisten und Klerikalen schwerlich unterscheiden. Sie laufen alle umher, in freundlicher Kollegialität verbunden, jeder mit einer Aktentasche unter dem Arm, und in allen Aktentaschen befinden sich dieselben Drucksachen, werden auch von allen Parlamentariern gleich wichtig genommen. Denn sie sind alle gewählt, um über alles zu entscheiden, über Tugendbegriffe und Sündhaftigkeiten, über Grenzschutz und Volksbildung, über Saugflaschen und Glücksspiele, über Weizenbau und Religionsunterricht, über Prostitution und philosophische Lehrstühle. Sie wissen alles, sie beurteilen alles, sie erledigen alles; es braucht nur gezählt zu werden, wieviele Hintern sich von den Ledersesseln erhoben haben, und schon haben wir die Dekrete, die für unsre und unsrer Brut Moral und Wohlergehen die Regeln schaffen. Da sind diejenigen, die verbunden bleiben mit der Masse des Proletariats, nur die charaktervollen Ausnahmen, die meisten entschweben der Armutsatmosphäre der Niederungen und wissen, eine arrogante Bonzenschicht über der Arbeiterschaft, bald genug nichts mehr von den Sorgen und Nöten derer, die sie vertreten sollen. Die Demagogie und der faule Zauber der Couloir-Schmuserie wird ihr Lebensbedürfnis, und sie erliegen den „niedrigen Kriegslisten, heimtückischen Kniffen und gemeinen Treulosigkeiten des parlamentarischen Parteikampfes“ (Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich).

Die Vorteile, die die Parlamente in mancher Hinsicht bieten mögen, um etwa wichtige Enthüllungen vorzunehmen, die anderswo von Landesverratsprozessen bedroht wären, sind keine Vorteile, die das revolutionäre Proletariat zur Beteiligung am Parlamentarismus veranlassen könnten. Was der Revolutionär weiß von Gefahren, die ihn angehen, kann er stets besser verwerten, als dadurch, daß er einen Sensationsskandal daraus macht. Scheint ihm die öffentliche Mitteilung am Platze, so braucht er dafür keine eigenen Abgeordneten. Die Bourgeoisie hat selbst immer eine Opposition in den eigenen Reihen, und wer den Staat zu Hilfe rufen will gegen Korruption und dunkle Treiberei, der lasse das ruhig durch Leute besorgen, die den Staat bejahen und um seine Säuberung bemüht sind. Daß diese Leute sich des Parlaments bedienen, ist ihnen ja nicht zum Vorwurf zu machen. Aber darauf kommt es an, zu begreifen, daß die Beteiligung am Parlamentarismus gleichbedeutend ist mit der Bejahung des Staates und seiner Autorität, mit dem Willen zur Dik-

tatur der ausgezählten Majorität, das heißt der Mittelmäßigkeit, Passivität und Indolenz über die Aktivität derer, die eigene Gedanken, eigene Kritik, eigene Initiative haben. Wer ins Parlament wählt, dankt als Gestalter seines und seiner Klasse Schicksal ab. Die revolutionären Arbeiter haben sich zu entscheiden, ob sie ihren Klassenkampf von ausgesonderten Delegierten auf dem Parkett des Parlaments in Kompromissen mit der Bourgeoisie führen lassen wollen, oder ob es ihnen mit dem Bekenntnis ernst ist, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muß.

Selbstversorgung der Arbeiter?

Die Göppinger Gruppe der herrschaftslosen Sozialisten Deutschlands (Anarchosyndikalisten) wendet sich mit einer Kundgebung an das Proletariat, worin die Arbeiter aufgerufen werden, ihre Arbeitskraft durch die Organisation der Bedarfswirtschaft aus eigener Initiative frei zu machen. Die Absicht der Genossen erhellt aus der Kundgebung beigegebenen „Einleitung zur Errichtung von Fabriken und Wirtschaftsbetrieben für die Bedarfswirtschaft durch die syndikalistische Gewerkschaft“. Die Anarchistische Vereinigung Berlin hat sich mit den Göppinger Anregungen beschäftigt und ist nach eingehender Diskussion einmütig der Auffassung gewesen, daß der Gedankengang der Göppinger Gruppe den Lesern des FANAL bekanntzugeben sei, zugleich jedoch eine Entgegnung der Redaktion jeden Zweifel darüber zerstreuen soll, daß die Anarchistische Vereinigung die Vorschläge für völlig illusionistisch und sogar der Revolution abträglich hält.

Hier folgt der der Kundgebung angefügte Arbeitsplan der Gruppe nebst der vorläufigen redaktionellen Erwiderung.

Der Grund zu neuen Vorschlägen für die Tätigkeit der Anarchosyndikalisten, wie sämtlicher Gewerkschaften, ist die Ergebnislosigkeit der angewendeten Streikgeister durch regelmäßig darauf folgende Warenpreiserhöhung oder durch Geldentwertung, ferner treibt die Hilflosigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Rationalisierung und dem hereinbrechenden Faschismus zu besonderen Maßnahmen.

Die Vorschläge gehen dahin, daß die Gewerkschaftsbeiträge auf wöchentlich 1 Mark festgesetzt werden und daß diese Gelder vorwiegend oder ausschließlich zur Errichtung von Betrieben für den nötigsten Bedarf verwendet werden, wie z. B. Schuhfabriken und Gerbereien, Webereien, Spinnereien, Kleiderfabriken, Teigwarenfabriken, Siedlungen mit Werkstätten für die Arbeitslosen u. a. notwendige Einrichtungen mehr.

Die Leistungsfähigkeit der Syndikalisten ist durch ihre Mitgliederzahl schon bedeutend genug, um bahnbrechend in dieser Richtung vorgehen zu können, gleichzeitig die indifferente Masse aufzurütteln und die übrigen Gewerkschaften zu gleichgerichteten Maßnahmen zu bewegen. Eine Gruppe von nur 300 Mitgliedern vermag mit einem Beitrag von monatlich 1200 Mk.

bereits recht beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Das sind schon Kapitalien, die in den Händen eines Privatunternehmers unter Benützung von Krediten zu erheblichen Geschäftsentwicklungen führen würden. Der syndikalistischen Zeltung müßte ein wirtschaftlicher Teil angegliedert werden. Wegen des Absatzes der Produktion, die zum Teil bei den Mitgliedern selbst liegt (Selbstversorgung), müßte man sich an die gesamte Arbeiterschaft und an die Konsumvereine wenden. Die einzelnen Gruppen können sich vorerst zusammenschließen, um gemeinsam einen Betrieb zu eröffnen und auf diesem Wege sich weiter entwickeln. Die Produkte werden dann von Gruppe zu Gruppe (Sektionen), von Kreis zu Kreis, Provinzen und Ländern ausgetauscht.

Bei jeder Betriebseröffnung dürfte eine Fabrik der Privatunternehmer stillgelegt werden und so haben wir bald die Oberhand, um die Arbeitszeit, die Geldverkehrsfragen und andere Fragen, die im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegen, im ganzen Reiche nach deren Bedürfnissen regeln zu können. Es wird jedem Genossen einleuchten, daß hierbei nach und nach alle politischen Fragen und Rätsel in die Betriebe hineinverlegt werden, d. h. sie werden größtenteils beseitigt durch die selbstversorgereische Tätigkeit und dabei kommen wir in absehbarer Zeit gegenüber dem Staate auf ebenbürtige Stufe mit den Privatunternehmern zu stehen, während wir heute nur eine geduldete Masse darstellen, ein notwendiges Uebel.

Der Sinn dieser Maßnahmen liegt weniger in dem Gedanken, billiger produzieren zu können, als darin, dem Unternehmer die Verfügung über Warenpreis und Arbeitslohn — die beiden Pole der Existenz eines jeden Menschen — zu nehmen, die bekanntlich die Ursachen allen Elends darstellen.

Die Ueberwindung der Privatwirtschaft liegt, wie jeder sehen kann, in den Händen der Arbeiter selbst. Die Arbeitnehmer zählen heute in Deutschland etwa 22 Millionen Menschen, deren Beiträge hinreichen könnten, in kürzester Frist Betriebe für die Bedarfswirtschaft des gesamten deutschen Volkes zu errichten. Damit würde der Einfluß so groß, daß er hinreichte, den Militarismus zu beseltigen, Kriege unmöglich zu machen. Es fände sich niemand mehr zur Waffenherstellung, weil anderweitig die Existenz gesichert wäre. Es handelt sich auch um unsere Nachkommen, denen wir nicht den Schießprügel und die Giftgase hinterlassen wollen.

Alle andern Betriebe, wie Maschinenfabriken, Hüttenwerke u. a., hängen von den Betrieben der Bedarfswirtschaft ab, von den Abnehmern (Verbrauchern). Weigert sich ein Syndikat, Rohmaterial oder fertige Maschinen zu liefern, dann haben wir genügend Mittel, diese Herren eines andern zu belehren. Die Machtverhältnisse sind dann längst andere geworden.

Kameraden! Es ist Zeit, daß wir vom Reden zum Handeln übergehen, was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert. Der politische Knoten muß durch-

hauen werden, dann ist auch die Einigkeit in der Arbeiterschaft da. In der Arbeit, im Betrieb liegt unsere Stärke. Alle Pflicht- und freiwilligen Beiträge gelten als Anteilscheine, die zurückverlangt werden können.

Die Göppinger Gruppe.

Anmerkung der Redaktion.

Wir bringen den Aufruf unserer Göppinger Kameraden lediglich deshalb, damit auch ihre Meinung gehört werde, obgleich wir diese Meinung beim besten Willen nicht teilen können. Es ist sicher kein Doktrinarismus, der unsere Stellung bestimmt. Wir begrüßen mit Freude jeden neuen Gedanken in der Bewegung, der dazu ansetzt, die Initiative zu beleben und neue Anregungen zu schaffen. In diesem Falle aber glauben wir bestimmt, daß unsere Genossen, an deren guten Willen wir nicht eine Sekunde zweifeln, sich die Sache etwas zu leicht vorstellen. Vor allem ist der Gedanke selbst durchaus nicht neu; er wurde Jahrzehnte lang von der Arbeiterbewegung ganzer Länder vertreten und führte zu tausenden kleinerer und größerer Versuche, die leider alle mit einem vollständigen Mißerfolg endeten. Die Hauptursache dieser Mißerfolge bestand gerade darin, daß man glaubte, innerhalb des bestehenden kapitalistischen Organismus kleinere sozialistische Organismen mit besonderem Eigenleben ins Leben rufen zu können.

Jedes gesellschaftliche Gebilde entwickelt unvermeidlich seine eigenen Gesetze, die in jedem Zweige seines geistigen und materiellen Lebens immer wiederkehren. Der Mensch mag im Laufe der Zeit die Ungerechtigkeit und wirtschaftliche und soziale Verkehrtheit eines gesellschaftlichen Systems erkennen und aus dieser Erkenntnis den Schluß ziehen, daß dieses System gestürzt und an seine Stelle etwas Neues treten muß. Er kann sich mit seinesgleichen zu diesem Zwecke vereinigen und Bewegungen entfachen, die immer breitere Massen ergreifen und eines Tages dazu gelangen, ihr Ziel zu verwirklichen. Aber er kann dieses Ziel nie erreichen, indem er sich eines Tages vornimmt, fortan nach seiner eigenen Ueberzeugung zu leben und mit seinen Kameraden innerhalb der bestehenden Gesellschaftsorganisation ein Sonderdasein zu führen.

Der Gedanke an und für sich ist sehr verlockend, aber seine praktische Verwirklichung ist eine andere Sache. Solange wir gezwungen sind, in der heutigen Gesellschaft zu leben, werden wir uns ihrem Einfluß nie entziehen können. Gewiß, wir können in unserem Privatleben manche unserer Ideen verwirklichen, aber da handelt es sich immer nur um bestimmte Gewohnheiten, nicht aber um die Grundlagen des heutigen Systems. Dieser Gedanke mag uns nieder-

drückend erscheinen, allein an seiner brutalen Wahrheit läßt sich nichts ändern. Aus diesem Grunde sollte er uns ein steter Ansporn sein, an dem Sturze dieses menschenfressenden Systems zu arbeiten.

Die praktische Erfahrung langer Jahrzehnte hat uns bisher immer nur das eine gezeigt: Alle Versuche, die während der letzten hundert Jahre von Sozialisten der verschiedensten Richtungen unternommen wurden, um das kapitalistische System durch sozialistische Experimente sozusagen von innen auszuhöhlen und zu Fall zu bringen, sind entweder gescheitert oder sie mußten sich dem heutigen System anbequemen und gerieten dadurch selbst in kapitalistisches Fahrwasser. Vor allem kann die Grund- und Bodenfrage, die nun einmal die wichtigste ist, nur gelöst werden durch die Expropriation der Erde, also durch einen offensichtlich revolutionären Akt, der nur durch eine soziale Revolution denkbar ist. Man kann das Land dem Kapitalisten nicht durch Kauf entreißen, sondern nur durch gewaltsame Enteignung.

Damit sind aber alle weiteren Konsequenzen gegeben. Gerade heute, wo der alte Privatkapitalismus sich immer deutlicher zum Kollektivkapitalismus entwickelt, sind die Aussichten dieser Versuche zweifelhafter als je. Die riesigen Trusts und internationalen Verkaufsgesellschaften sind jederzeit imstande, unbequemen Produzenten die Rohstoffe zu entziehen und jeden Versuch, der ihnen gefährlich scheint, im Keime zu ersticken. In Amerika sehen wir es nur zu oft, wie durch diese Methoden unbequemen Konkurrenten, die durchaus nicht sozialistisch eingestellt sind, das Lebenslicht ausgeblasen wird. Wieviel mehr würde dies der Fall sein, wenn es sich erst einmal um einen direkten Ansturm der Arbeiterklasse handelte, durch welchen die Existenz des ganzen Systems bedroht werden könnte!

Gerade die wichtigsten Produktionszweige der Gesellschaft, Bergwerke, Hochöfen, Transportmittel usw., von denen alles andere abhängig ist, befinden sich heute in den Händen gewaltiger Trusts, die man weder auskaufen, noch durch Konkurrenz beseitigen kann. Der Gildensozialismus, der von allen praktischen Versuchen noch die meisten Aussichten hat, und dem wir in vielen Hinsichten durchaus sympathisch gegenüberstehen, ist nur auf ganz bestimmte Gebiete der Industrie beschränkt. Und sogar dort, wo er erfolgreich arbeiten kann, muß er sich nach den Regeln des kapitalistischen Systems richten. Die Hafnarbeitergewerkschaft von Tampico in Mexiko hat das Unternehmertum vollständig von den Hafnarbeiten ausgeschlossen und das Ein- und Ausladen der Schiffe in eigene Regie genommen. Aber auch sie kann über die Grenzen des Lohn-

systems nicht hinausgehen, weil ihre Mitglieder gezwungen sind, innerhalb des heutigen Systems zu leben und sich diesem Einfluß nicht entziehen können. Trotzdem ist das Experiment durchaus zu begrüßen, da es den sozialen Instinkt der Arbeiter stärkt und sie der revolutionären Bewegung nicht entfremdet, was bei vielen anderen Versuchen leider der Fall ist. Im übrigen werden wir in einer der nächsten Nummern noch einmal ausführlich auf diese Frage zu sprechen kommen.

X. Y.

Grenzen der politischen Kriminalität

Seit über einem Jahr wälzt sich der große Barmat-Prozeß säntigend über die Erinnerung an den ungeheuren Schieberskandal mit seinen interessanten Beziehungen zur republikanischen Frühpolitik. Es wird nicht mehr viel von den Dingen geredet, die dem sozialdemokratischen Reichskanzler Bauer, dem christlichen Postminister Höfle, dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter und anderen Exponenten der neuen deutschen Freiheit die Unterscheidung zwischen Amts- und Privatgeschäften schwer machten, und der Antrag der Staatsanwaltschaft, Herrn Julius Barmat fünf Jahre ins Gefängnis zu setzen, hat außer den Beteiligten niemanden sehr erschüttert. Die Verteidigung ist klug genug, die schmierigen Geschäfte des Barmatkonzerns mit denen des Stinneskonzerns in Vergleich zu stellen, wobei sich jedem unbefangenen Urteil in der Tat der Bar-Materialismus derer, die auf die neue Staatsform wetteten, als nahezu harmlos erweist gegenüber dem Stinnes-System, seine spekulativen Mammutunternehmungen gleich der erstrebten Wirtschaftsdiktatur anzupassen, die — dies ist der Sinn des Faschismus — zugleich politische Institution und von keiner umständlichen Verwaltungsmaaschinerie behinderter Apparat der „eisernen Ferse“ sein soll. Die Gleichgültigkeit, die den Ermittlungen der Moabiter Richter im Barmat-Prozeß allenthalben begegnet, ohne auch nur durch den nahenden Abschluß der Verhandlung zu regerer Teilnahme zu erwachen, zeigt deutlich, wie das deutsche Publikum sich an die Vermischung von öffentlichen, privaten und Parteigeschäften gewöhnt hat, nachdem die Korruption wieder von den nationalistischen Profitmachern für sich monopolisiert ist, die nach Bedarf Entrüstung oder Begeisterung zu entfachen wissen und den Barmatspektakel inszeniert haben, nicht der geschäftlichen oder politischen Reinlichkeit wegen, sondern aus Gründen der geschäftlich motivierten politischen Konkurrenz.

Es wäre sehr gut vorstellbar, daß Herr Julius Barmat seine kriminellen Verfehlungen als politische Vergehen reklamierte. Er könnte sich dabei darauf berufen, daß seinerzeit Herr Hugo Stinnes die Verhandlungen mit der Entente in Spaasprengte, weil er sein und seiner industriellen Kollegenschaft Geschäft gefährdet sah, oder darauf, daß derselbe Stinnes wegen der 10 Prozent Differenz bei der Profitverteilung im Micum-Vertrag die Ruhrbesetzung und die vollkommene Expropriation der deutschen Rentner und Sparer durch die Inflation herbeiführte. Damals wurde die Handlungsweise der Stahl- und Bergwerksindustriellen allgemein rein politisch gewertet, und Herr Stinnes starb als ehrengedachteter und ums Vaterland verdienender Mann. Barmat hat den Staat geschädigt — schön. Aber der ihm gewährte Staatskredit hat den republikanischen Parteien genützt, die zu

jener Zeit die Repräsentation des Staates besorgten. Den Schaden, der dem Staat erwachsen ist, mußten die Steuerzahler, also die Proletarier, tragen. Stinnes plünderte die Steuerzahler nur direkter als Barmat. Und der Kapitän Lohmann? Die Schädigung der Steuerzahler durch seine Spekulationsgründungen wird auf etwa 30 Millionen Mark geschätzt. Er selbst soll sich bei den für einen Marineoffizier immerhin originellen Geschäften mit dem Phöbus-Film, dem Schweinespeck und den vielerlei andern Pleitebetrieben nicht bereichert haben. Daß sich aber eine ganze Anzahl seiner Handlanger dabei gesund gemacht hat, wird nirgends bestritten. Irgendwo müssen die 30 Millionen Reichsgelder wohl hingerutscht sein. Der politische Charakter der gesamten Transaktionen liegt hier am hellen Tage; man brauchte noch nicht einmal die Briefe der Wikingleute zu kennen, um derartige Machenschaften der Reichsmarine mit ganz bestimmten politischen Tendenzen in Verbindung zu bringen; der dem Reichstag vorgelegte frisierte Phöbusbericht verrät durch seine Frisur mindestens soviel wie er verdecken soll, und die vom Abgeordneten Schneller mitgeteilten Partien aus dem angeblich richtigen Phöbusbericht haben bedeutend mehr innere Wahrscheinlichkeit als das Dementi, das sie als gefälscht ausgibt.

Herr Kapitän Lohmann braucht einen Prozeß nicht zu fürchten. Wäre Barmat kein Jude und der politische Hintergrund seiner Schiebungen nicht schwarzrotgolden, hätte er auch keinen Prozeß bekommen. Uebrigens wird er, da er seine Betrügereien nicht aus Not und um den Hunger seiner Kinder zu stillen, begangen hat, sondern nur, um zu etlichen Millionen noch viele Millionen hinzuzuverdienen, von den paar Jahren, die ihm das papierne Urteil vielleicht zudiktieren wird, nicht allzu lange Zeit abzusetzen brauchen, wenn er auch von der politischen Generalamnestie, die im Augenblick (19. März) noch nicht ganz aussichtslos zu sein scheint, nichts zu hoffen hat. Dazu sind seine Straftaten denn doch zu offenkundig gewinnstüchtigen Absichten entfloßen und nicht in dem Maße mit den bei maßgebenden Justiz-Instanzen beliebteren politischen Zwecksetzungen verwoben, wie die Stinnes-Aktionen und die Geschäfte der Reichsmarine mit ihren vergnügten Hinter- und betrübten Lohmännern.

An diesen aktuellen Beispielen sollte klargestellt werden, wie schwierig selbst bei Ueberschreitungen der Gesetze, welche die Uebertreibung der Eigennützigkeit im kapitalistischen Profitsystem einzudämmen suchen, oft die Grenzen zwischen politischer und „gemeiner“ Kriminalität zu ziehen sind. Von höheren Gesichtspunkten aus betrachtet, ist natürlich jedes sogenannte gemeine Verbrechen eine politisch zu beurteilende Tat. Sämtliche Eigentumsdelikte sind ihrer Natur nach Ergebnisse der sozialen Eigentumsverteilung, ein ungeheurer Prozentsatz der strafbaren Sexualausschreitungen hängt mit den trüben Wohnverhältnissen der Armut zusammen, die Prostitution ist eine von den kapitalistischen Gesellschaftseinrichtungen untrennbare Erscheinung, wie die Zuhälterei ein untrennbarer Bestandteil der Prostitution ist. Materielle Not in der Kindheit lockert selbstverständlich die moralischen Hemmungen; überdies sind die Strafgesetze selbst fast ausschließlich aus dem Bestreben entstanden, die Privilegien des Besitzes gegen die Ansprüche der Enterbten zu sichern, und was es mit der Gleichheit vor den Gesetzen auf sich hat, das hat Anatole France in seiner unsterblichen Geschichte vom Karrenhändler Crainquebille mit der wehmütigen Betrachtung besiegelt, daß es dem Reichen ebenso verboten ist wie dem Armen, Brot zu stehlen und unter Brücken zu schlafen. Doch heiße es vom Ochsen mehr verlangen als Rindfleisch, wollte man vom Staate fordern, er solle den sozialen Unterbau seiner gesamten Existenz verleugnen

und selbst besorgen, was notwendigerweise der sozialen Revolution vorbehalten werden muß, nämlich die politische Generalamnestie vollziehen, die allen Opfern der sozialen Ungerechtigkeit die Freiheit schafft, am Aufbau einer sozial gerechten Ordnung teilzunehmen.

Was hingegen vom Staat zu fordern ist, ist die Korrektur der Urteile, die in seinem Namen ergangen, parteiisch und einseitig und in politischer Voreingenommenheit der Richter gegen Personen ausgesprochen worden sind, die im Bestreben, ihrer politischen Ueberzeugung zu dienen, Staatsgesetze verletzt haben sollen, sowie Einstellung aller Verfahren und Verfolgungen aus solchen Gründen, wie sie die politischen Fehlurteile der deutschen Tendenzjustiz in den abgeurteilten Fällen zur Folge hatten. Diese Korrektur ist nur noch möglich durch das Werk einer vollkommen umfassenden politischen Generalamnestie, eines allgemeinen Erlasses aller Strafen, Untersuchungen, Verfolgungen und Nachstellungen in bezug auf Personen, Kosten und Aktenvermerke für Handlungen, Versuche, Pläne und Verabredungen gleichviel welcher Art, deren Triebkräfte zu einem nachweisbaren Teil aus der politischen oder weltanschaulichen Gesinnung des Gesuchten oder Verurteilten gespeist waren. Alle bisher in der deutschen Republik erlassenen Amnestien ohne Ausnahme, die nach der Absicht ihrer Anreger die krasse Klassentendenz gerade der politischen Strafurteile ausgleichen sollten, sind an der Erklügelung von Ausnahmen gescheitert, die in jedem Falle, wiederum ohne Ausnahme, den parteiischen, einseitigen und politisch voreingenommenen Gesetzesvollstreckern die Gelegenheit boten, die Vergünstigungen der Amnestie zum überwiegenden Teil auf die Angehörigen der bevorrechtigten Klasse und die Anhänger der bevorzugten politischen Richtungen zu beschränken, deren Begünstigung bei der Verhängung von Strafverfahren und erst recht bei ihrer Durchführung durch die Amnestie gerade ausgeglichen werden sollte.

Die Amnestiefrage ist zur Zeit akut. Die Möglichkeit, endlich die proletarischen Opfer ihrer Ueberzeugung herauszubekommen aus den Zuchthäusern, aus dem Exil und aus der Illegalität, ist zum erstenmal dadurch gegeben, daß die feindliche Seite, die seit kurzem selbst einige zu schweren Zuchthausstrafen verurteilte Anhänger befreit sehen möchte, die Generalamnestie verlangt. Hier ist von der ersten Stunde an erklärt worden, daß dieses Verlangen unter allen Umständen von den revolutionären Organisationen des Proletariats unterstützt werden müsse. Leider fand der Appell an das Gewissen der Solidarität ein nur schwaches Echo. Die selbstverständliche Erinnerung daran, daß an eine Amnestie für die proletarischen Genossen, die nicht gleichzeitig die völkischen Fememörder, die Mörder Erzbergers und Rathenaus umfaßte, bei den Machtverhältnissen im Staate garnicht zu denken sei, führte zu nichts als einem öden Herumorakeln um die Frage, ob diese nationalistischen Ausführungsorgane unverfolgt gebliebener Hintermänner politische oder gemeine Verbrecher seien. Der alte prächtige Georg Ledebour hat in einem ausgezeichneten Artikel in der „Welt am Abend“ (vom 16. März): „Allgemeine oder gar keine Amnestie?“ ganz Entscheidendes über die Notwendigkeit gesagt, im Interesse der proletarischen Gefangenen und Verfolgten die Forderung der Nationalisten, auch ihre Anhänger freizugeben, zu unterstützen. „Fordern wir eine allgemeine Amnestie von der gegenwärtigen, auf Schutz und Förderung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bedachten Regierung, so ist es doch eigentlich selbstverständlich, daß wir sie nicht auf ausgesprochene Gegner dieser Regierung beschränken können. Wir müssen in die Amnestie auch Anhänger der Regierung, selbst Rechtsputschisten, einbeziehen, soweit sie

ausnahmsweise von den ihrer Ueberzeugung fast durchweg nahestehenden Richtern verurteilt werden mußten.“ Ledebour geht dann auf die Frage ein, wie weit der Begriff des „Politischen“ bei Kriminalhandlungen zu erstrecken sei. Da stellt er fest, „daß höchst selten nur ein einzelnes Motiv entscheidend ist für eine Tat; fast durchweg ist sie die Resultante verschiedener neben- und gegeneinander wirkender Motive... Wenn wir uns also mit den politischen Gegnern über die Reichweite einer politischen Amnestie verständigen wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als für die Feststellung der auf der rechten Seite verurteilten ‚Politischen‘ auch die rechtsseitigen Definitionen zu akzeptieren, genau so, wie wir verlangen, daß uns, oder besser gesagt, jeder Linkspartei, überlassen bleibt, festzustellen, wen sie von den ihr angehörigen Verurteilten als ‚Politischen‘ amnestiert haben will.“ Vortrefflich. Wird eine Einigung über den Begriff des politischen Verbrechens auf der vom Genossen Ledebour vorgeschlagenen Grundlinie getroffen, so ist in der Tat Gewähr geboten, daß die Empörung gewisser Genossen darüber, daß ich die Fememörder mit den proletarischen Opfern der Klassenjustiz „auf eine Stufe stelle“, nicht an den Genossen Hoetz, Margies, v. Witkowski, Szon usw. ausgeht, denen allen das Urteil Schuld oder Mitschuld am Tode von Menschen beimißt. Nein, ich stelle diese Genossen keineswegs mit den Femekillern auf eine Stufe, aber ich verlange, daß der Staat endlich aufhöre, die proletarischen Revolutionäre sowohl bei der Prozessierung als auch beim Strafvollzug gegenüber den nationalistischen Mördern zu benachteiligen. Er möge die beiden Kategorien von Missetätern getrost auf eine Stufe stellen und zwar auf die, auf die er Herrn Ehrhard immer gestellt hat.

Die Kommunistische Partei hat erfreulicherweise ihren ursprünglichen Antrag, wonach die nationalistischen Mörder von der Amnestie auszuschließen seien, zurückgezogen und ihr Sprecher im Reichstagsausschuß, Höllein, hat mit Recht erklärt, daß die Mordtaten der Schwarzen Reichswehrleute gegen ihre eigenen Kameraden, die sie als Verräter ansahen, Bagatellen seien, gemessen an den fürchterlichen Blutverbrechen, deren Opfer proletarische Revolutionäre waren und die so gut wie vollständig ungesühnt geblieben sind. Es muß den Sozialdemokraten klar gemacht werden, daß, sollten sie ihren Standpunkt nicht revidieren, wonach lieber die ganze Amnestie scheitern soll, ehe die Schulz und Klapproth Nutzen von ihr hätten, die Schuld an allem Zuchthauselend der Gefangenen des Proletariats auf ihr Konto gesetzt werden müßte. Wir werden ihnen auf die Finger sehen, ihnen allen die ihren Konkurrenzkampf gegeneinander glauben auf den Rücken unsrer Gefangenen austragen zu sollen z. B. die Protektorin des Mörders Arco in Bayern und ihre fromme Schwesterpartei im Reich. Wenn sich diese Staatshüter plötzlich so arg über Bluttaten entrüsten können, daß ihnen ihre Sühne das Freiheitsopfer Hunderter von Gefangenen wert ist, die mit diesen Taten nichts zu schaffen haben, dann werden wir mal in der jüngsten Geschichte etwas zurückblättern und Bluttaten zu ermitteln trachten, über die sie sich weniger aufgeregt haben.

Leider kann diese Betrachtung nicht abgeschlossen werden, ohne eine sehr befremdende und äußerst ernste Angelegenheit zur Erörterung zu stellen. Unter denen, die in der Bemühung, die Amnestie zu empfehlen, die Hauptrolle ihres Schweißes über den Beweis erließen, daß der Straferlaß nur den Proletariern, keinesfalls aber den Fememördern zugutekommen dürfe — das ist ja der sozialdemokratische Standpunkt, der die ganze Amnestie zu verhindern droht — kämpft vornedran die Rote Hilfe Deutschlands, die Organisation, deren einzige Aufgabe ist, für die politischen Ge-

fängenen alles zu tun, was deren Los erleichtern, ihre Befreiung beschleunigen kann. Von der Aufgabe, die größtmögliche Pein für politische Gegner vom Staate zu fordern und dieser Forderung gar den Befreiungskampf für die eigenen Gefangenen unterzuordnen, findet sich nichts in ihrem Statut. Es ist gewiß erfreulich, wenn sich einmal an einem eklatanten Beispiel nachweisen läßt, daß die Rote Hilfe eine überparteiliche Organisation sein will und sich nicht von der Haltung der KPD. in ihren Meinungen beeinflussen läßt. Man findet solche Beweise der Unabhängigkeit immer seltener, und sogar die Richtungs-Auseinandersetzungen in der Partei färben schon vielfach auf die Rote Hilfe ab. Aber daß die Solidaritätsorganisation grade in dem Punkte so weit von der Auffassung der Partei abweicht, in dem das ganze revolutionäre Proletariat unbedingt dieser und nicht der RH. recht geben muß, das ist doch recht schade. Die „Rote Fahne“ vom 11. März findet, und man freut sich ehrlich, ihr in jedem Wort zustimmen zu können: „Soll die Kommunistische Partei es ablehnen, Klipp und klar gesagt, 325 proletarische Revolutionäre gegen 5 Fememörder einzutauschen? 325 Agitatoren und Organisatoren der proletarischen Revolution gegen 5 verkommene Existenzen, die jetzt, im Jahre 1928, nicht mehr und nicht weniger gefährlich sind als jeder bewaffnete Soldknecht des Bürgerblocks! Das wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und an den politischen Gefangenen.“ Richtig, vollständig richtig. Die Rote Hilfe aber erklärt: „Die proletarischen politischen Gefangenen, die wegen Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung in die Maschen rächender Klassenjustiz gekommen sind, lehnen Gemeinschaft mit Femebanditen ab.“ Dann wird der Sozialdemokratie das Recht abgestritten, dasselbe Argument heranzuziehen, denn „beharrt die sozialdemokratische Fraktion bei ihrer gegenwärtigen Haltung, so ist damit die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen durch Amnestiegesetz dieses Reichstags unmöglich gemacht“. Merkwürdig; doch erfahren wir zum Glück, daß der Weg zur Amnestie noch nicht verschüttet ist, wenn auch die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt der Roten Hilfe verharret, wozu nur diese ein Recht hat. Die revolutionären Proletarier sollen nur „allerorts den Kampf mit aller Kraft führen und den Willen nach einer Amnestie unter den Werktätigen so stark anschwellen lassen, daß kein parlamentarisches Manöver über diesen Massenwillen hinweggehen kann.“ Sieh mal an, die Rote Hilfe ist plötzlich so antiparlamentarisch gesinnt, daß sie die Bildung einer Reichstagsmajorität für die Amnestie garnicht mehr für nötig hält. Leider sind mir die Aufrufe der RH. zum Generalstreik für die politischen Gefangenen, den wir Antiparlamentarier ja wirklich für ein Mittel halten, das jedes parlamentarische Manöver überflüssig macht, noch nicht zu Gesicht gekommen.

Aber ich habe, zum Teufel, keine Lust, bei diesem Thema Witze zu machen. Die Haltung der Roten Hilfe bedeutet praktisch nichts andres als Sabotage der ganzen Amnestieaktion, die ebenso schlimm ist, wenn sie aus Dummheit, als wenn sie aus Schlaueit getrieben wird. Eine Amnestie verlangen unter Ausschließung der Rechten, heißt denen den Nacken steifen, die keine Amnestie wollen. Die Wirkung ist die, daß unsre Genossen hocken bleiben und die Fememörder unter bequemeren Bedingungen abwarten können, bis sie allein frei werden. Es gibt da ja noch andre Wege als Parlamentsbeschlüsse. Ehrhard kam ohne Amnestie aus dem Gefängnis. Weder wurden seine Befreier bestraft, noch mußte er wieder hinein. Aufgabe der Roten Hilfe ist es also wahrhaftig nicht, darum besorgt zu sein, ob nicht die Grenzen der politischen Kriminalität bei einer Amnestie womöglich zu weit gezogen werden könnten, sondern im Gegenteil dahin zu

wirken, daß ihr Umfang recht groß werde. Abgesehen davon, daß sämtliche im Namen des Kaisers während des Krieges verurteilte Deserteure, auch wenn sie in der Verborgenheit ihren Unterhalt requiriert haben sollten, als „Politische“ anzusehen sind, müßte vor allen Dingen die Kommunistische Arbeiterpartei zu Rate gezogen werden, um gemäß der Anregung des Genossen Ledebour diejenigen ihrer Genossen zu bezeichnen, die sie als politische Gefangene reklamiert. Dazu gehören alle diejenigen, die im Zusammenhange mit den Expropriationen der Plättner-Gruppen Banken, Postämter, Löhnungsgelder zur Finanzierung ihrer revolutionären Pläne herangezogen haben, und wenn wirklich mal einer von ihnen seiner hungernden Familie von dem Ertrag für eine Woche warmes Essen gesichert hat, so brauchen sich Proletarier darüber auch noch nicht aufzupumpen. Die Nationalsozialisten haben beim Hitlerputsch in München geplündert genug, aber prozessiert hat sie deswegen niemand. Ich bin bereit, der Roten Hilfe bei der Auffindung von Genossen behilflich zu sein, die in eine politische Generalamnestie hineingehören. Aber es sei der Roten Hilfe — und zwar im Einverständnis mit einer größeren Zahl anderer Mitglieder, mit denen dieser Appell besprochen ist — eindringlich zur Kenntnis gebracht, daß wir ihre Mitglieder sind, weil wir, selbst mit Ueberwindung vieler Hemmungen, die ihr Verhalten verursacht, nichts unterlassen möchten, was durch solidarischen Zusammenschluß von Genossen der Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen nützen kann, daß wir aber nicht bereit sind, um einer windigen Taktik willen Fehler geschehen zu lassen, die die eingesperrten Genossen zu bezahlen haben. Das Verhalten der KPD, in der Amnestiefrage ist richtig, das der Roten Hilfe unverantwortlich. Die proletarischen politischen Gefangenen lehnen die Generalamnestie nicht ab, sondern verlangen nach ihr. Die proletarischen Mitglieder der Roten Hilfe aber wollen die gefangenen Genossen heraus haben und zwar nicht unter Vorbehalt! Sonst wird es an der Zeit, wirklich einmal den Massenkampf zu organisieren, der mit parlamentarischen Manövern Schluß macht — auch innerhalb der proletarischen Organisationen!

Nachtrag!

Nachtrag. Seit der vorstehende Artikel geschrieben wurde, ist in einem Dreimänner-Kollegium des Rechtsausschusses des Reichstags ein Kompromiß ausgearbeitet worden, bei dessen Annahme die Befreiung von Max Hoeltz und Margies in kurzer Zeit gewährleistet gewesen wäre. Bei einiger Achtsamkeit der Genossen draußen wäre sogar mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit die Amnestie vielen Verurteilten des revolutionären Proletariats die Rettung gewesen, die von den Gerichten aus politischen Tendenzgründen um die Anerkennung ihrer Handlungen als Ueberzeugungstaten geprellt wurden. Das Kompromiß, dessen Väter der Deutsche nationale Everling, der Kommunist Höllein und der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld sind, sah vollen Straferlaß und Einstellung aller Verfahren vor bei allen aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten in Reich und Ländern. Nur die Strafen wegen vollendeten und versuchten Mordes, Totschlags oder Teilnahme daran sollten in Festung umgewandelt, auf ein Drittel der ausgesprochenen Strafzeit und im Falle der unbegrenzten Dauer auf siebeneinhalb Jahre herabgesetzt werden. Ein annehmbarer Pakt insofern, als die in Frage stehenden proletarischen Revolutionäre — nach

meiner Schätzung bedeutend mehr als 325 — bis auf ganz wenige in der Tat sofort zu entlassen gewesen, die übrigen nach wenigen Monaten Festung frei gekommen wären. Ueber den Verlauf der Verhandlungen hat die parteikommunistische Tagespresse laufend und mit anzuerkennender Förderung der erreichbaren Amnestie referiert. Der Pressedienst der Roten Hilfe hat sich leider an dieser Agitations- und Aufklärungsarbeit nicht beteiligt. Er hat seit der oben zitierten Aeußerung keinen Bericht über den Stand der Angelegenheit herausgegeben und hat seinen Standpunkt bis heute — 27. März — nicht öffentlich widerrufen, daß die Freilassung der Fememörder von proletarisch-revolutionärer Seite unter keinen Umständen gefordert werden dürfte. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nun ihre endgültige Entscheidung in der Sache getroffen; sie hat mit dieser Entscheidung ihren Vertreter im Unterausschuß, Dr. Rosenfeld, desavouiert und unter Verschiebung des Argumentes, das die Rote Hilfe, so lange sie sich überhaupt äußerte, ins Feld führte, dem Kompromiß ihre Zustimmung versagt: des wahrhaft blödsinnigen Argumentes, die Fememorde der Schwarzen Reichswehr gehörten garnicht zu den unter politischen Gesichtspunkten zu beurteilenden Straftaten. Selbstverständlich befindet sich in der ganzen sozialdemokratischen Fraktion nicht ein Mann, der in Wirklichkeit den politischen Charakter der Fememorde bezweifelt, auch wahrscheinlich wenige, die, gleich den anscheinend von solchen Empfindungen vernagelten Redakteuren der Roten Hilfe, die besondere Roheit der Morde, also die Technik der Ausführung mit den Motiven verwechseln. Kurzum: die Amnestie für unsre Genossen unterbleibt, und das heißt — jeder, der es erlebt hat, weiß es —, die Sozialdemokratie, durch deren Verschulden die Aufstände von 1921 und 1923 notwendig wurden, die die gegen ihre Verrätereien Aufständischen in Tod und Kerker jagte, hat sie alle von neuem zu unabsehbarer Zuchthausqual verurteilt. Der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Braun hat es seiner Partei verboten, so zu handeln, wie die anständig gebliebenen ehemaligen Unabhängigen — Rosenfeld, Moses und noch ein paar — es ehrlich möchten, wie viele andre es aus Wahlgründen für opportun halten. Herr Braun wünscht nicht, im Reichsrat derjenige zu sein, der die Unsumme von Haß, die derlei Schandtaten erregen, allein zu verantworten habe. Gut, so mögen denn seine Parteifreunde mit dran tragen. Ihr Konto wird aufgeschlagen werden. Dieses Konto enthält hunderte von Posten, die die Verantwortlichkeit der Noske-Genossen grade an den rechtsputschistischen Mordtaten nebst ihrer Straflosigkeit beweisen, um deretwillen sie die vielen hunderte von Zuchthausjahren proletarischer Kämpfer, für die sie ebenfalls die volle Verantwortlichkeit tragen, nicht tilgen wollen. Nein, es ist nicht wahr, daß dieses verruchte Geschmeiß um ein paar Fememörder halber, denen ohnehin nicht viel Schlimmes droht, die Amnestie verweigert. Es verweigert sie aus Angst vor den proletarischen Revolutionären und deswegen, weil es sich wieder einmal bei den Bourgeois anschmieren will, die sehen sollen, wie viel höher den Sozialdemokraten das „Staatswohl“ mit allen Privilegien des Reichtums steht, als das mindeste menschliche Mitgefühl mit den eigenen Opfern. Sie möchten nach den Neuwahlen wieder Minister werden. Dazu müssen die revolutionären Arbeiter in den Zuchthäusern bleiben! Geht hin, Proleten, wählt Sozialdemokraten!

Ein Sacco-Vanzetti-Archiv

Hamburger antiautoritäre Genossen wollen das gesamte Material zum Falle Sacco und Vanzetti sammeln. Sie suchen Flugblätter, Versammlungsanzeigen, Zeitungsnotizen und Artikel, ganz gleich welcher Richtung und Organisation, die mit der Angelegenheit zusammenhängen. Es kommt ihnen darauf an, ein objektives Archiv zusammen zu bekommen. Auch wünschen sie Mitteilungen darüber, was für Broschüren, Zeitungsartikel und Flugblätter besonders aus der Anfangszeit des Justizverbrechens vorliegen. Die Hamburger Genossen erwarten, daß ihnen alles verfügbare Material angegeben oder zugestellt wird. Die Anschrift lautet: Willi Schumann, Hamburg, Detmerstraße 12 III.

Es ist zu hoffen, daß dem Wunsche der Genossen allenthalben entsprochen wird und daß auf diese Weise ein Archiv zustandekommt, das der revolutionären Geschichtsforschung die Aufgabe erleichtern wird, die schändlichste Tat, die das Kapital je gegen das Proletariat gewagt hat, der Aufklärung der künftigen Generationen dienstbar zu machen.

Bauern-Rebellion

Die Revolte von Langenöls sollte dem revolutionären Proletariat sehr zu denken geben. Es ist nicht wahr, daß die bis zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten gesteigerte Unzufriedenheit der deutschen Kleinbauernschaft die Wirkung der politischen Hetze des großagrarischen Landbundes sei. Wahr aber ist leider, daß außer der Vertretung des Großgrundbesitzes niemand verstanden hat, den leidenschaftlichen Zorn der Bauernschaft in seinen Ursachen zu erkennen und durch rechtzeitige politische Maßnahmen die Kräfte des rebellierenden Landvolkes den eigenen Energien verstärkend zuzuführen. Hätte sich nicht dank der geradezu wahnwitzigen marxistischen Agrartheorie das Vorurteil in die revolutionärsten Köpfe des Proletariats eingefressen, die Bauern seien die natürlichen Feinde der Arbeiter, die Not der Bauern gehe die Arbeiterschaft nichts an, ja, es gebe gar keine Notlage der Bauernschaft, dann wäre es nicht dahin gekommen, daß der Erzfeind der selbst arbeitenden kleinen Landwirte, der ausbeutende und wuchernde Großgrundbesitzer, Wort- und Tatführer der werktätigen Bauernschaft geworden ist und sich ein Vertrauen bei seinen eigenen nächsten Opfern erworben hat, das er, wie wir neidvoll zugeben müssen, mit außerordentlichem Geschick zu steigern und sich nutzbar zu machen weiß. Der Landbund putscht die Bauern auf, damit der Staat sogenannte „Notstandsaktionen“ für „die Landwirtschaft“ durchführe, nämlich eine Schröpfung des Industrieproletariats um Hunderte von Millionen, deren Verwendung dem agrarischen Großunternehmer überlassen bleiben soll. Selbstverständlich denkt der Großgrundbesitzer dabei nur an die eigene Bereicherung, und er wird das Kleinbauerntum nur insoweit an den staatlichen Subventionen beteiligen, wie dadurch eine Verschuldung des Kleinbesitzes an ihn verbunden werden kann. Die Bindung der Bauernschaft an den großagrarischen Landbund bedeutet also eine augenblickliche Erleichterung der wirtschaftlichen Existenz des Kleinbauern auf Kosten seiner Selbständigkeit; Zweck der Hilfe, die der Großbesitz dem Kleinbesitz mittels der staatlichen Subventionen zu leisten bereit ist, ist in weiterer Sicht Bauernlegerei.

Die Gleichsetzung des rentenbeziehenden mit dem rentenerarbeitenden Agrarier, des Latifundienbesitzers mit seinem Pächter und abhängigen Ackerbauer ist alte sozialdemokratische Versündigung am sozialistischen

Gedanken. Es ist zuzugeben, daß die Kommunistische Partei, besonders dank der Tätigkeit eines ihrer besten Köpfe, des Genossen Putz, sich Mühe gibt, der besonderen Lage und demgemäß auch den besonderen Ansprüchen des werktätigen Bauerntums gerecht zu werden. Doch ist es auch ihr nicht gelungen, Einfluß auf das Landvolk zu gewinnen, da sie ihre Anstrengung hauptsächlich darauf konzentriert, die Bauern zur Abgabe kommunistischer Stimmzettel bei Wahlen aller Art zu bewegen. Die wichtige Eigenschaft des seßhaften Kleinbauern, die nur unterstützt und revolutionär fundamementiert zu werden brauchte, um dieses für die Revolution völlig unentbehrliche Element zu gewinnen, ist ihre elementare Abneigung gegen jegliche obrigkeitliche Gewalt. Die Reaktion hat diese anarchistische Temperamentsveranlagung der Bauern sehr gut erkannt und benutzt sie energisch für die eigenen Zwecke. Die Vorgänge im Kreise Nimptsch beweisen erstens, daß die Notlage bei den Bauern sehr groß sein muß. Denn niemand, der arbeitet, läßt es ohne Not bis zur Pfändung und Zwangsversteigerung seiner Produktionsmittel kommen. Sie beweisen zweitens, daß die Bauern untereinander Solidarität kennen; denn sonst hätten sie sich auch von den Aufhetzungen der interessierten Landbund-Adligen nicht dazu bewegen lassen, unter Verletzung der Aufruhr- und Landfriedensbruchgesetze für die bedrohten Nachbarn mit Gewalt gegen die Polizeimacht aufzutreten. Ferner beweisen die Krawalle, daß der Bauer im Kampfe die Mittel der direkten Aktion denen der Verhandlung und der Mittelbarkeit vorzieht. Ganz vortrefflich hat ein neuartiger Sabotageakt zur Verhinderung der Zwangsversteigerung funktioniert, nämlich der Gesang der „helteren Lerche“, der alle Bemühungen des Gerichtsvollziehers, Angebote auf die gepfändeten Tiere und Gegenstände zu erhalten, übertönte und dadurch die Versteigerung verhinderte. Der Sturm auf das Finanzamt in Kyritz — wie vor zwei Jahren der gleiche Vorgang bei den Winzern im Bernkasteler Gebiet — zeigt die Entschlossenheit dieser Menschen, ihre wirtschaftliche Existenz gegen die Ansprüche des Staates mit allen Mitteln zu verteidigen. Es ist klar, daß die von den schlesischen und pommerschen Junkern den Bauern empfohlenen Mittel der Selbsthilfe von unsereinem nicht den Arbeitern zur Nachahmung empfohlen werden können. Wir genießen nicht nur nicht die Immunität, die die republikanische Justiz dieses Landes dem Adel, der nationalistischen Gesinnung, der monarchistischen Reaktion sowie der teutonischen Urkraft in den Fällen ihrer Anwendung gegen die vorübergehende Erscheinung der schwarzrotgoldigen Staatsgewalt zuzuerkennen pflegt; es gibt auch revolutionäre Abwehrmittel gegen die Staatsexekutive, die aus rein technischen Gründen nur mehr für die Bauernschaft in Frage kommen können, dem Proletariat aber, seit dessen eigene bewährte Führerschaft zum erstenmal regieren durfte, entzogen sind. Die Steuerverweigerung, das in früheren Jahrzehnten von Anarchisten gepriesene Kampfmittel gegen die Behörden, hat, wenigstens in Deutschland, aufgehört, dem Waffenarsenal der Industriearbeiterschaft anzugehören. Es war sozialdemokratische Rettertat, den lohnzahlenden Kapitalisten zu gleicher Zeit zum Steuererheber der Lohnempfänger zu machen. Er zieht 10 Prozent Einkommensteuer gleich von der Lohntüte ab, was sich in der Inflationszeit für ihn als sehr lukrativ bewährte. Jetzt also erleben wir wehmütvoll die Empfehlung dieser höchst wirksamen Methode der Staatssabotage durch diejenigen, die entschlossen sind und alle Anwartschaft haben, den Staatsapparat wieder in die eigenen Hände zu bringen, und ihre Anwendung durch die Bauern, die dadurch ihren gefährlichsten Feinden, den Feudalherren, die Wege zur Besitzergreifung des Staatsapparates frei machen und sich

selbst deren Sklaverei ausliefern. Die sich häufenden Rebellionen der Bauernschaft fördern, da sie von Faschisten angeregt, von Faschisten ausgeschlachtet werden, die Gefahr des faschistischen Umsturzes. Gelingt es den revolutionären Teilen des Proletariats nicht, dem berechtigten Zorn der Bauern-sozialistische Auswege zu zeigen, dann hat die städtische Arbeiterschaft selbst den größten Teil der Schuld daran, daß der unterdrückten Landbevölkerung der Zugang zu den natürlichen Verbündeten, den Ausgebeuteten der Städte, versperrt bleibt; und daß der faschistischen Reaktion ein Bundesgenosse zur Seite steht, der ihre Kraft ungeheuer stärkt, der sich in der reaktionären Kampffront selbst in Unglück und Knechtschaft stürzt und dessen Solidarität wir uns für die Zukunft sichern könnten, wenn wir in der Gegenwart unsere Pflicht erfüllten, ihm Solidarität zu erweisen.

Die Genfer Linke

Der Völkerbund verfügt neuerdings über eine Opposition, sich hierin vorteilhaft von eben dieser Opposition unterscheidend, die selber keine Opposition duldet. Was die Opposition in Genf macht? o, sie reißt mit Witz und Bravour Larven runter. Der Völkerbund beschäftigt sich bekanntermaßen mit Völkerabrüstung, und es war der jungen Genfer Opposition vorbehalten, mit amüsanten Zahlen die Statistik über das Maß solcher Beschäftigung aufzuweisen. Dann hat die Opposition selbst Anträge gestellt, die den Weltfrieden per Abrüstung der Völker tatsächlich herbeiführen sollten. Dabei zeigte sich, daß die runterzureißenden Larven garnicht da waren. Die Mitglieder des Völkerbundes freuten sich sichtlich, jetzt eine Linke zu haben, die sich immerhin schon zu dem Standpunkt bekehrt hat, daß der Weltfriede durch Beschlüsse der in Genf versammelten Diplomaten hergestellt werden kann. Jetzt wird wohl bald auch die Einsicht bei dieser Linke reifen, daß durch offiziellen Beitritt zum Völkerbund ein wichtiger Machtposten besetzt werden kann, von dem aus noch viel besser Opposition gemacht werden kann, als bei den gelegentlichen Gastvisiten im hohen Rat der Völker. — Die Russen haben aber offenbar Pech. Dieselben Leute, die sich in Genf so gern von ihnen Opposition machen lassen, erschweren bei ihnen im Lande die Arbeit am wirtschaftlichen Aufbau, wo immer sie können. Solange das russische Außenhandelsmonopol besteht, ist dort der Privatkapitalismus ohne Zweifel stark behindert, sich gegen den Staatskapitalismus durchzusetzen. Daher werden, wo europäische Emissäre des Privatkapitalismus zu staatskapitalistischen Unternehmungen der Sowjet-Union beigezogen werden, Sabotagemanöver ins Werk gesetzt zu dem Zwecke, darzutun, wie unrationell der Staat im Gegensatz zum Privatunternehmer wirtschaftet. Es ist völlig klar, daß die Verhaftung der deutschen Ingenieure in Rußland vom russischen Souveränitätsstandpunkt aus eine unumgänglich notwendige Maßregel war. Man hat sie sicher höchst ungerne vorgenommen in einem Augenblick, wo Deutschland intensiver als irgend ein Land hinüberwinkt: Schwarz-Rot-Genf sei's Panier! Die Behauptung, Stalin und Rykow hätten den Konflikt mit Deutschland provoziert, um von den innenpolitischen Vorgängen abzulenken, ist Ausgeburt sozialdemokratischen Bonzenneides und kapitalistischer Interessiertheit. Daß Moskau den Herrn Goldstein und seine deutschen Komplizen frei lassen mußte, beweist nicht die Schwäche der Gründe für die Verhaftungen, sondern die Schwäche der realen Kraft gegenüber dem ausländischen Kapital. Es ist der russischen Regierung demnach weder aus der Festnahme, noch aus der Enthaltung der Sa-

boteure ein Vorwurf zu machen. Wundern muß man sich nur darüber, daß die Betriebsräte im Donezbecken von der, wie offiziell angegeben wird, jahrelang fortgesetzten Sabotage nichts gemerkt haben. Denn, sollte man meinen, in einer Sowjetrepublik müßten doch den Räten größere Aufgaben gestellt sein, als den fälschlich Betriebsräte genannten Belegschaftskommissionen in Deutschland. Aber — es ist leichter zu erkennen, was die russische Regierung als antipathisierende Hospitantin des Genfer Völkerbundes tut, um das internationale Proletariat von der Illusion zu befreien, der Völkerfriede könne nur auf revolutionärem Wege durch Ausrottung der kapitalistischen kriegbedingenden Einrichtungen herbeigeführt werden, als was die Sowjets zuhause machen. Es gibt überdies noch Leute, die unter den Begriffen Regierung und Sowjets etwas verschiedenes verstehen; zu ihnen gehören, wie man sagt, viele, die eben dieser Differenzierung wegen in Gefängnissen sitzen. Sie hoffen aber, daß der Eintritt Rußlands in den Völkerbund recht bald Anlaß geben möge, auch den russischen Räterepublikanern eine Amnestie zu gewähren.

Zum Gedenken

Am 9. März jährte sich zum zehnten Male der Todestag Frank Wedekinds, am 20. März zum hundertsten Male der Geburtstag Henrik Ibsens. Der ungeheure Einfluß, den beide Dichter auf die junge Generation ihrer Zeit ausgeübt haben, sollte schon im vorigen Heft des FANAL zum Gegenstand einer eingehenderen Betrachtung gemacht werden. Leider finde ich auch jetzt den Platz nicht, den Vorsatz auszuführen, wie denn hier allgemein die ausführliche Beschäftigung mit literarischen und kulturellen Werten, soweit sie direkt oder mittelbar revolutionäre Bedeutung haben, solange zurückgestellt oder auf kurze Buchbesprechungen beschränkt werden muß, bis der den Justizinfamien des Staates gewidmete Raum wenigstens gelegentlich für die Erörterung künstlerischer Probleme frei gemacht werden kann. Die revolutionäre Sendung Ibsens und Wedekinds zu untersuchen, wäre sonst eine sehr lohnende Aufgabe gewesen, und erst recht lohnend wäre es gewesen, Art und Wirkung der Dichtungen beider Männer miteinander zu vergleichen, Aehnlichkeiten und Unterschiede nebeneinanderzustellen und aufzuzeigen, wie beide als Ankläger der gesellschaftlichen und moralischen Heuchelei geholfen haben, Vorurteile zu zerstören und die Revolution der Gesellschaft durch die Revolutionierung der Individuen vorzubereiten.

Um wenigstens der persönlichen Dankespflicht zu genügen, die mir gegen den stärksten Anreger meiner eigenen literarischen Entwicklung obzuliegen scheint, will ich aus dem neuen Buche „Sammlung“ hier meine Verse abdrucken, die bei der Beerdigung Frank Wedekinds am 12. März 1918 auf dem Münchener Waldfriedhof von dem Schauspieler August Weigert am offenen Grabe des Dichters gesprochen wurden:

Was gilt ein Toter, da das grenzenlose Weh
hinbrandet über jedes Land und jeden Ort,
und Leid, gleich der von Stürmen aufgeworfnen See
hochwogend, ungehemmt den Erdball überflutet?
Was gilt ein Toter, da die ganze Menschheit blutet
und alle Frucht am grünen Baum der Zukunft dorrt?
Doch! Jeder Tote gilt — und gilt soviel
wie Liebe, Trauer, Schmerz, Verehrung, Dank
sein Sterbliches bei Menschen überdauert.
Das Schicksal setzt dem Weg des Leibs ein Ziel —
doch keiner starb, eh sein Gedenken sank,
und jeder lebt, den noch ein Herz betrauert . . .
Nimm, Erde, du in deinen frommen Schoß
den teuren Toten, — laß sein Fleisch zerfallen
und wisse, daß ein Herz es barg, das allen
gehörte, die den besten Menschheitsplänen
ihr Sein vermählten. — Lauter, stark und groß
schlug dieses Herz — beweint von unsern Tränen. —
Wir wollen klagen, daß er uns verließ,
wenn auch sein Tod ihm nicht das Leben nahm.
Nie stirbt sein Werk — doch niemals auch der Gram,
daß ihn der Tod zu früh vom Werke stieß . . .
Fahr hin, Gefährte, Freund und Lebensmehrer,
Wahrheitsverkünder, tapfrer Jugendlehrer,
Weltangelrüttler, streit- und tatbereit!
Du Geist des Geistes! Element der Zeit!
Du lachender, du strenger Sittenrichter,
der Freude und der Schönheit froher Dichter!
Du Spötter, Kämpfer, Mahner und Bekenner —
fahr hin! An deinem Grabe weinen Männer
und werden noch, die nach uns kommen, weinen.
Fahr hin! Nie stirbt dein starker Geist den Deinen
und nie der Welt, die deinen Atem trank. —
Leb wohl! Und daß du lebst, sei unser Dank!

Rechtfertigung

Herr Otto Scheller, Steglitz, hat mich gebeten, ihn gegen den, auch im FANAL — wenn auch in hypothetischer Form — erhobenen Vorwurf in Schutz zu nehmen, er habe das über seine Familie hereingebrochene Unglück durch Vermittlung von Interviews mit seiner Tochter Hilde an Zeitungen finanziell ausgenützt. Ein einziges Interview sei, zwei Tage nach der Bluttat, ohne Rücksicht auf die verzweifelte Stimmung der Eltern und des jungen Mädchens, dadurch erschlichen worden, daß der Vertreter des 12-Uhr Mittagblattes nachts um 11 Uhr unter Vorspiegelung falscher Tatsachen sich Eingang in die Wohnung verschaffte und Hilde Scheller fortholte. Herrn Scheller sind, wie er mir versichert und durch Vorlegung von Briefen und Telegrammen zu beweisen sich erbietet, „im Laufe dieses halben Jahres Tausende für Artikel, Romane, Filme usw. angeboten“ worden. Er hat sich auf nichts dergleichen eingelassen und wünscht von der moralischen Schuld, obwohl er sich ein einziges Mal hat überrumpeln lassen, öffentlich entlastet zu werden. Es besteht umso weniger Anlaß, Herrn Scheller den Raum zur Rechtfertigung im FANAL zu verweigern, als die Steglitzer Tradödie hier von vornherein unter dem Gesichtspunkt behandelt worden ist, daß sich der Verfall der Gesellschaft nicht in den Zufälligkeiten manifestiert hat, die die Katastrophe herbeiführten, noch auch im Benehmen der beteiligten Personen, sondern durchaus nur im Reagieren der Umwelt auf das Geschehene. Der Freispruch des jungen Krantz löscht den Schimpf des Prozesses nicht aus; und daß man einen Gymnasiasten, der das Pech hatte, bei einer alkoholisch-erotisch-sentimentalen Kindervergnügung in eine blutige Pfütze auszugleiten, deswegen mit Hurra und Blumen bewirft, ist nicht weniger ein Symptom der Entartung unsrer Spießbürger wie die Scheußlichkeit, das Mädcl, das ebenso schuldlos und ebenso verdienstlos in die Geschichte hineingeraten war, mit Kot zu beschmieren. Die Lehre bleibt übrig, daß, wo immer der Staat seine Pfoten hineintapsen läßt, aus einer privaten Kindertragödie eine öffentliche Affenkomödie wird.

Halbjahresabonnenten!

Von den Abonnenten, welche den Bezugspreis für das mit diesem Heft beginnende 2. Halbjahr des II. Jahrganges bis zum 10. April nicht entrichtet haben, wird der fällige Betrag, ihr Einverständnis vorausgesetzt, unter Postnachsahme erhoben werden. Es wird gebeten, für die Einlösung vorzusorgen, damit überflüssige

Schreibereien und Kosten vermieden werden.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64.

Anschrift: Gustav L ü b e c k , Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 10.

Anarchistische Jugend Groß-Berlin

Gruppe **Neukölln I**: Jeden M o n t a g , 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Bergstr. 29.

Gruppe **Neukölln II**: Auskunft erteilt Paul Priebus, Friedelstraße 12.
Jeden F r e i t a g , 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Sanderstraße 11.

Gruppe **Charlottenburg**: Jeden D i e n s t a g , 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Oibersstraße (Nähe Bahnhof Jungfernheide).

Gruppe **Moabit I**: Jeden M i t t w o c h , 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Lehrter Str. 18-19.

Gruppe **Moabit II**: Auskunft erteilt Hans Bühler, Berlin NW 21, Emdener Straße 57.

Gruppe **Adlershof**: Auskunft erteilt W. Boretti, Adlershof, Gemeinschaftsstraße 30.

Freie Jugend Berlin: Jeden F r e i t a g , 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Gr. Frankfurter Str. 16, II Tr., Zimmer 8.

Syndikalistisch - Anarchistische Jugend Deutschlands, Ortsliederation Groß-Berlin

Anschrift: Walter K a p s , Berlin N 113, Ueckermünderstr. 11.

Donnerstag, den 5. April, abends 19einhalb Uhr in der Schule Elisabethstr. 57-58 zum 50. Geburtstage: **ERICH MÜHSAM-Abend**. Musik — Rezitation — Vortrag.

Gruppe **Prenzlauer Berg**. Anschrift: Walter Kaps, Berlin N 113, Ueckermünderstr. 11. Zusammenkunft nach Vereinbarung

Gruppe **Kreuzberg**. Anschrift: Erich Heinze, Berlin SO 34, Lausitzerstr. 21. Zusammenk. jed. Dienstag im Heim, Wrangelstr.128.

Gruppe **Oberschöneweide**. Zusammenkunft jeden Montag im Jugendheim Laufenerstr. 2 für Musikinteressenten. Jeden Donnerstag 7.30 Uhr Gruppenabend im Jugendheim Laufenerstr. 2.

Arbeiter-Gesangvereine

Der Verlag der Freien Sängergemeinschaft Deutschlands liefert alle Freiheits- und Tendenzchöre. Zur Maifeier und anderen Gelegenheiten empfehlen Chorwerke für Männer, Frauen und gem. Chor, ernststen und heiteren Charakters, ferner Orchesterwerke, Theaterstücke usw. Verlangt Partituren zur Ansicht!

Verlag der Freien Sängergemeinschaft Deutschlands Paul Mittau, Düsseldorf, Slegstr. 15 II.

5 Bände über

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk

während des Weltkrieges.

von **Jaroslav Hasek**

Unzählige heitere Stunden werden Ihnen geschenkt,
können Sie schenken.

Jaroslav Hasek, der große Satiriker, Humorist und tschechische Cervantes, hat im „Braven Soldaten Schwejk“ einen für die Weltliteratur völlig neuen Typ geschaffen. Den Typus des raffinierten Dummkopfs, des mit allen Salben geliebten Einfaltspinzels, Gutmützig, beschränkt und dennoch jeder Situation gewachsen.

- Band 1. Im Hinterlande
- Band 2. An die Front
- Band 3. Das glorreiche Debakel
- Band 4. Fortsetzung
- Band 5. Schwejk in russischer
Gefangenschaft

Preis brosch. Mk. 3.50, geb. Mk. 5.20

Zu beziehen durch den

Stirn-Verlag Hans Timm, Berlin C54

Rosenthaler Str. 34, 35 — Postscheck-Konto Berlin 71924